

**Entwicklung
Politisch motivierter Kriminalität
in Berlin 2004**

Kriminalpolizeilicher Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität (KPMD - PMK)

Der KPMD - PMK gewährleistet die bundesweit einheitliche und systematische **Erhebung und Darstellung der Politisch motivierten Kriminalität**. Er bildet eine verlässliche Datenbasis für polizeiliche Auswertung und präventive wie repressive Maßnahmen, für kriminologische Forschung und kriminalpolitisches Handeln.

Der KPMD - PMK ermöglicht die differenzierte Betrachtung der Politisch motivierten Kriminalität durch Angaben zur Deliktsqualität, zu Themenfeldern, Phänomenbereichen, internationalen Bezügen und extremistischen Ausprägungen.

Die innerhalb der Phänomenbereiche gesondert abgebildete **Politisch motivierte Gewaltkriminalität** ist die Teilmenge der Politisch motivierten Kriminalität, die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst folgende Deliktsbereiche: Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstands- und Sexualdelikte.

Die verwendete **Darstellungsgröße „Fallzahlen“** bedeutet, dass jeder Lebenssachverhalt (gewaltsame Aktion bzw. Gesetzesverletzung) unabhängig von der Zahl der Tatverdächtigen jeweils nur als ein „Fall“ gewertet wird (Grundsatz: derselbe Tatort, dieselbe Tatzeit, derselbe Tatentschluss = ein Fall). Wurde dabei gegen mehrere Rechtsbestimmungen verstoßen, zählt grundsätzlich nur der schwerer wiegende Straftatbestand.

Mehrere Straftaten, die z.B. den Tatbestand des Landfriedensbruchs verwirklichen, sind bei unmittelbarem räumlichen Zusammenhang und unabhängig von der Zahl der Tatverdächtigen somit als *ein* Fall zu zählen. Dabei kann sich der räumliche Zusammenhang z.B. auf einen Platz oder eine Straße nebst benachbarter Nebenstraßen beziehen – obwohl mitunter zehn oder mehr Täter einen Stein warfen.

Die Zahlen aus dem KPMD - PMK vereinen die Merkmale von Eingangs- und Ausgangsdaten. Während im Rahmen einer sog. Erstmeldung ein Delikt nach vorläufigem Erkenntnisstand erfasst und bewertet wird, kann sich diese Bewertung im Verlauf der Ermittlungen erheblich verändern.

Wird etwa eine Tat zunächst als politisch motivierter Mord angenommen, kann sie nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen - also nach Klärung aller Tatumstände - im Rahmen der sog. Abschlussmeldung als eine gefährliche Körperverletzung mit Todesfolge *ohne* politische Motivation bewertet werden. Die ursprünglich enthaltene Mordtat findet sich dann mangels politischer Motivation in den Fallzahlen nicht wieder.

Gesamtzahlen KPMD - PMK

Politisch motivierte Kriminalität im Berlin

	2003	2004
Terrorismus		
Bildung terroristischer Vereinigung	7	4
Summe Terrorismus	7	4¹
Gewaltdelikte		
Brandstiftung	32	13
Erpressung		4
Freiheitsberaubung		1
Körperverletzung	107	129
Landfriedensbruch	52	73
Raub	5	6
Tötungsdelikte		1
Verkehrsgefährdungen		2
Widerstandsdelikte	67	58
Summe Gewaltdelikte	263	287
Andere Straftaten		
Amtsanmaßung / Missbrauch von Titeln		1
Anleitung zu Straftaten		1
Begünstigung / Hehlerei		1
Beleidigung / üble Nachrede / Verleumdung	106	96
Belohnung / Billigung v. Straftaten	3	5
Betrug / Untreue		2
Bildung krimineller Vereinigungen		1
Diebstahl / Unterschlagung	4	6
Falschaussage / Meineid		1
Hausfriedensbruch	11	26
Landesverrat	2	3
Missbrauch von Notrufen	1	1
Nötigung / Bedrohung	33	36
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	10	31
Pressegesetz	1	2
Propagandadelikte	985	1021
Sachbeschädigung	185	185
Sprengstoffgesetz		2
Störung d. öffentlichen Friedens	77	30
Störung öffentlicher Betriebe		1
Straftaten gg. ausländische Staaten	10	10
Straftaten gg. Religion / Weltanschauung		2
Straftaten gg. Verfassungsorgane		1

¹ Hierbei handelt es sich um Verfahren, die beim BKA auf Grund der Deliktszuweisung geführt, aber dem Land Berlin wegen der Tatörtlichkeit zugeordnet werden. Dieses Verfahren wird erst seit 2003 praktiziert.

	2003	2004
Andere Straftaten (Fortsetzung)		
Telekommunikationsgesetz	1	1
UrheberrechtsG		2
Vereinsgesetz	88	23
Verletzung amtlicher Bekanntmachungen		1
Versammlungsgesetz	182	256
Verunglimpfung d. Staates u. seiner Symbole	26	7
Verunglimpfung v. Verfassungsorganen		3
Volksverhetzung	157	185
Vortäuschen einer Straftat		1
Waffengesetz	2	4
Widerstandsdelikte	3	4
Summe Andere Straftaten	1887	1952
Gesamt	2157²	2243³

² Die Zahlen für das Jahr 2003 beziehen sich auf den Erfassungsstand vom 09.02.2004. Da der bundesweite Fallzahlenabgleich erst nach diesem Datum erfolgte, können in späteren Veröffentlichungen andere, hiervon abweichende Zahlen für 2003 genannt sein. Zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit sind in dem vorliegenden Jahresbericht die Vergleichszahlen für 2003 aus dem letzten Jahresbericht heran gezogen worden; das bezieht sich auf alle Phänomenbereiche.

³ Die Summe ergibt sich aus den Summen der PMK Links, Rechts, Ausländer und den „nicht zuzuordnenden“ Fällen.

Politisch motivierte Kriminalität - Rechts

Fallzahlen KPMD - PMK für Politisch motivierte Kriminalität – Rechts – (einschließlich antisemitischer und fremdenfeindlicher Straftaten)

	2003	2004
Gewaltdelikte		
Brandstiftung	2	
Erpressung		1
Körperverletzung	55	51
Landfriedensbruch	3	4
Raub	2	
Tötungsdelikte		1
Widerstandsdelikte	8	3
Summe Gewaltdelikte	70	60
Andere Straftaten		
Amtsanmaßung / Missbrauch von Titeln		1
Beleidigung / üble Nachrede / Verleumdung	38	35
Bildung krimineller Vereinigungen		1
Diebstahl / Unterschlagung	1	1
Hausfriedensbruch	1	
Nötigung / Bedrohung	6	11
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	2	2
Propagandadelikte	672	655
Sachbeschädigung	21	20
Störung d. öffentlichen Friedens	3	1
Straftaten gg. ausländische Staaten	1	
Straftaten gg. Religion / Weltanschauung		1
UrheberrechtsG		1
Vereinsgesetz		2
Versammlungsgesetz	3	28
Verunglimpfung v. Verfassungsorganen		1
Volksverhetzung	126	154
Waffengesetz		1
Widerstandsdelikte		1
Summe Andere Straftaten	874	916
Gesamt	944⁴	976

⁴ vgl. Fußnote 2.

Der **Politisch motivierten Kriminalität - Rechts** - werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z.B. nach Art der Themenfelder) einer rechten Orientierung zuzurechnen sind, insbesondere wenn Bezüge zu

- Völkischem Nationalismus,
- Rassismus,
- Sozialdarwinismus,
- Nationalsozialismus

ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss.

Langfristige Entwicklung der Fallzahlen

Fallzahlen PMK- rechts	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
antisemitisch	106	59	56	106	229	123	146
fremdenfeindlich	89	68	70	84	138	150	146
antisemitisch und fremdenfeindlich	nicht erf.	nicht erf.	nicht erf.	nicht erf.	26	31	32
sonstige PMK - rechts	315	111	207	265	555	640	652
PMK – rechts gesamt	510	238	333	455	948	944	976

Hier muss berücksichtigt werden, dass mit der Einführung des KPMD - PMK sich die Fallzahlenerhebung seit 2001 grundlegend verändert hat. Darüber hinaus ist die Fortentwicklung des Definitionssystems KPMD – PMK bei der langfristigen Betrachtung der Fallzahlen zu berücksichtigen: In den Vorjahren erfolgte die Bewertung als antisemitisch bzw. fremdenfeindlich alternativ nach der überwiegenden Motivation des Täters. Seit 2002 ist eine kumulative Nennung beider Kriterien möglich.

922 der 976 Straftaten sind im Jahr 2004 als extremistisch bewertet worden (im Jahr 2003 waren es 930 von 944).

Antisemitische Straftaten (alle Straftaten als rechtsextremistische Kriminalität bewertet)

Antisemitisch ist der Teil der Hasskriminalität, der aus einer antijüdischen Haltung heraus begangen wird.

Antisemitische Straftaten sind nach Art ihrer Begehung insbesondere gekennzeichnet durch

- Diffamierung jüdischer Institutionen und ihrer Vertreter durch Telefonanrufe, anonyme Briefsendungen bzw. E-Mails;
- Propagieren der sog. Auschwitzlüge;
- Schmierereien oder andere Beschädigungen an jüdischen Mahnmalen, Gedenkstätten, Gräbern.

Für das Jahr 2004 waren hier 146 Fälle zu registrieren, von denen 4 als Gewaltdelikte klassifiziert worden sind. Im Jahr 2003 wurden 2 von 123 Fällen als Gewaltdelikte registriert.

Fremdenfeindliche Straftaten (bis auf 15 Straftaten wurden alle als rechtsextremistische Kriminalität bewertet)

Fremdenfeindlich ist der Teil der Hasskriminalität, der aufgrund der tatsächlichen oder vermeintlichen Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft des Opfers verübt wird.

Bei den fremdenfeindlich motivierten Straftaten ist ein leichter Rückgang von 150 Fällen (2003) auf 146 Fälle (2004) zu verzeichnen. Die Gewaltdelikte nahmen dagegen überproportional von 43 (2003) auf 28 (2004) Fälle ab und entsprechen damit dem Fallaufkommen des Jahres 2002.

Propagandadelikte

Bei den sog. Propagandadelikten (Verstöße gegen §§ 86, 86 a StGB) handelt es sich überwiegend um „Hakenkreuz-Schmierereien“ im öffentlichen Raum (Haltestellen, Bahnhöfe, Verkehrsmittel, Verteilerkästen, Plakat- und Mauerwände usw.), bei denen vielfach keine Hinweise auf den Täter bzw. dessen mögliche Motivation vorliegen.

Anhaltspunkte für eine politische Motivation können sich aus Äußerungen der Täter bzw. staatschutzrelevanten Erkenntnissen über sie ergeben. Bestätigende Umstände bestehen auch in besonderen Tatörtlichkeiten (z.B. Straftaten zum Nachteil jüdischer Einrichtungen oder an Mahnmalen), örtlicher oder zeitlicher Nähe zu Treffpunkten der rechten Szene bzw. deren Veranstaltungen oder Aufzügen. Andererseits können auch Umstände vorliegen, die eine Täterschaft aus entsprechender Motivation eher unwahrscheinlich erscheinen lassen.

Vorgänge	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Propagandadelikte							
Propagandadelikte gesamt	1259	1144	1631	1417	1202	985	1021
Antisemitisch	12	9	7	16	63	23	36
Fremdenfeindlich	2	11	10	12	68	57	64
antisemitisch und fremdenfeindlich	nicht erf.	nicht erf.	nicht erf.	nicht erf.	9	6	7
sonstige PMK – rechts	178	83	131	210	486	587	548
PMK – rechts gesamt	192	103	148	238	626	673	655

Insgesamt ist durch die seit 2002 veränderte Anwendungspraxis der Zuordnungskriterien nur eine eingeschränkte Vergleichbarkeit der Jahre 2003 und 2004 mit den vorherigen Jahren möglich.

Rechts-Links-Auseinandersetzungen

	2003	2004
Gewaltdelikte		
Körperverletzung	11	12
Landfriedensbruch		1
Raub	2	
Summe Gewaltdelikte	13	13
Andere Straftaten		
Beleidigung / Üble Nachrede / Verleumdung		2
Nötigung / Bedrohung	2	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten		1
Propagandadelikte	10	12
Sachbeschädigung	2	2
Urheberrechtsgesetz		1
Versammlungsgesetz		3
Volksverhetzung	3	3
Summe Andere Straftaten	17	25
Gesamt	30	38

Im Unterschied zu Angriffen von Personen der linken Szene auf rechtes Klientel spielen Angriffe von Rechtsextremisten auf Linke eine zahlenmäßig geringere Rolle.

Im Jahr 2004 gab es eine leichte Steigerung der Fallzahlen von 30 (2003) auf 38 (2004). Dabei bewegen sich die Körperverletzungsdelikte annähernd auf dem Niveau des Vorjahres.

Besonders im Rahmen der Anti-Antifa als Gegenbewegung zur linken Antifa wird der „politische Gegner“ ausspioniert, d. h., es werden Daten gesammelt, die in der Regel aus Personalien und/oder Fotos bestehen. Diese Unterlagen werden im Internet, Flugblättern oder anderen Druckwerken veröffentlicht, um den „Gegner“ einzuschüchtern und eine Drohkulisse aufzubauen.

Schwerpunkte

Gegenüber dem Jahr 2003 ist ein moderater Rückgang der Fallzahlen Politisch motivierter Gewaltkriminalität - Rechts - zu verzeichnen.

Den Schwerpunkt machten Körperverletzungs- sowie Widerstandsdelikte aus.

Eine Fallanalyse ergab keine spezifische Erklärung dieses Trends: Wie bereits in den vergangenen Jahren handelt es sich bei der Mehrzahl der Taten um nicht qualifizierte Körperverletzungen; die Tatanlässe waren vorwiegend als situativ/spontan zu bezeichnen. Tätergruppen agierten nur in Einzelfällen.

Bei den Tatverdächtigen handelt es sich überwiegend um Jugendliche und Heranwachsende, die zur Tatzeit zu einem wesentlichen Teil unter dem Einfluss alkoholischer Getränke standen.

Besondere Entwicklungen

Kameradschaften

Die seit 2003 existierende Kameradschaft „**Berliner Alternative Süd-Ost**“ (**BASO**) unter der Führung eines einschlägigen Rechtsextremisten und ehemaligen NPD-Mitglieds hat sich neben der schon seit dem Jahr 2000 bestehenden „**Kameradschaft Tor Berlin**“ zur aktivsten Berliner Kameradschaft entwickelt.

Der Anführer meldete zahlreiche Demonstrationen mit der Kernthese „Jugendzentren erkämpfen“ an. Die teilweise öffentlichkeitswirksamen und strafrechtlich relevanten Aktionen der Kameradschaftsmitglieder wurden häufig in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit der o.g. „**Kameradschaft Tor Berlin**“ sowie der Gruppierung „**Märkischer Heimatschutz**“ aus Brandenburg durchgeführt.

Die auch gegenüber Polizeibeamten zunehmende Aggressivität der rechten Szene dokumentierte sich unter anderem durch eine Demonstrationsanmeldung am Wohnort des Leiters der Polizeidirektion 6, der in der Vergangenheit verschiedene Veranstaltungen der rechten Szene durch polizeiliche Maßnahmen überprüfen und auflösen ließ. Diese Veranstaltung wurde vom Ordnungsbehördlichen Staatsschutz verboten.

Nach Beschreitung des Rechtsweges durch den Anmelder bestätigte das Bundesverfassungsgericht letztinstanzlich das ergangene Demonstrationsverbot.

Projekt Schulhof

Der von der deutschen rechten Szene im Frühjahr/Sommer unternommene Versuch, eine Musik-CD mit rechtsextremistischen Textinhalten und Propaganda bundesweit kostenlos vor Schulen zu verteilen, blieb ohne Erfolg. Die Sicherheitsbehörden konnten im Vorfeld der geplanten Verteilaktion mehrere tausend CD's der bereits erfolgten Pressung sicherstellen. Weitere Versuche, das Ziel mittels Neupressungen bzw. „Entschärfung“ der Texte doch noch zu erreichen, scheiterten ebenfalls.

Ermittlungsverfahren

Ermittlungsverfahren gegen drei Beschuldigte wegen gefährlicher Körperverletzung z. N. eines Vietnamesen

Der 40-jährige vietnamesische Inhaber eines Asia-Imbisses wurde am 05.04.2004 in seinem Imbiss in Berlin-Rudow von einem 16-Jährigen mit einer Holzlatte mehrfach gegen den Kopf geschlagen, so dass er u. a. einen Jochbeinbruch erlitt und in stationärer Behandlung verbleiben musste. Ein 21-Jähriger sowie ein 17-Jähriger leisteten Beihilfe.

Hintergrund für die Tat war die Weigerung des Vietnamesen, Alkohol an die drei Beschuldigten abzugeben, welcher nicht bezahlt, sondern „angeschrieben“ werden sollte.

Gegen zwei bereits polizeilich bekannte Tatverdächtige wurde Haftbefehl erlassen.

Der jugendliche Schläger erhielt eine zweijährige Jugendstrafe, die drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde; der zweite Jugendliche hat 90 Stunden Sozialarbeit zu leisten. Von den Verurteilten wird ein Berufungsverfahren angestrebt.

Ermittlungsverfahren gegen einen Beschuldigten wegen gefährlicher Körperverletzung in einer Diskothek

Am 27.03.2004 schlug und trat ein in der rechten Szene aktiver Heranwachsender auf eine andere, ihm bekannte erwachsene Person ein, auch noch, als diese bereits bewusstlos am Boden lag. Der Geschädigte erlitt dabei ein Schädel-Hirn-Trauma sowie Frakturen im Gesicht.

Der Tatverdächtige, der zur Tatzeit eine offene Bewährungsstrafe wegen eines anderen Körperverletzungsdeliktes hatte, erhielt Haftbefehl.

Die ursprünglich wegen versuchten Totschlages geführten Ermittlungen wurden von der Staatsanwaltschaft als gefährliche Körperverletzung zur Anklage gebracht.

Verfahren gegen die Kameradschaft „Nordland“ mit sieben erwachsenen Beschuldigten wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung

Am 18.04.2004 konnten bei einer Wehrsportübung in einem Waldgebiet in Brandenburg fünf Beschuldigte festgenommen werden. Zeitgleich fanden in 15 Objekten in Berlin und Brandenburg Durchsuchungen statt, die überwiegend erfolgreich verliefen. Dabei kam es zur Festnahme von zwei weiteren Beschuldigten. Unter anderem konnten bei der Durchsuchung 13 Explosionssimulatoren (der Bundeswehr) beschlagnahmt werden.

Gegen einen der Beschuldigten, der zuvor eine gefährliche Körperverletzung begangen hatte, erfolgte der Erlass eines Haftbefehles.

Insgesamt ergaben sich daraus weitere 18 Strafverfahren, insbesondere wegen Verstößen gegen das Sprengstoffgesetz/Waffengesetz/BtmG/KunstUrhG, Betrug z. N. des Arbeitsamtes/Sozialamtes, Volksverhetzung u.a.

Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg/ Länderübergreifende Kriminalitätsphänomene

Aufgrund der in Berlin ansässigen rechten Gruppierungen oder Einzelpersonen, die häufig über die Ländergrenzen hinweg agieren, wird mit dem LKA Brandenburg ein intensiver Erkenntnis- und Erfahrungsaustausch gepflegt.

Insbesondere die Berliner Kameradschaften „Berliner Alternative Süd-Ost“ (BASO) und die „Kameradschaft Tor Berlin“ beteiligen sich an teilweise auch strafrechtlich relevanten Veranstaltungen/Demonstrationen oder Aktionen der rechten Szene des Landes Brandenburg und pflegen einen engen Kontakt zum brandenburgischen „Märkischer Heimatschutz“ (MHS).

Prognose 2005

Der im Jahr 2004 beim Demonstrationsgeschehen beobachtete Trend, wonach zunehmend Themenfelder wie „Hartz IV“ oder „soziale Missstände“ aufgegriffen werden, ist auch für das Jahr 2005 zu prognostizieren.

Sowohl die Besetzung dieser Themenfelder als auch die Anpassung des Auftretens in der Öffentlichkeit sind langfristig angelegte Strategien, um die Mitglieder der rechten Szene mit einem bürgernahen Image zu versehen. So wird die eigentliche Zielsetzung, die Verbreitung nationalsozialistischer Gedankengüter, weiter verfolgt.

Politisch motivierte Kriminalität - Links -

Fallzahlen KPMD - PMK für Politisch motivierte Kriminalität – Links –

	2003	2004
Terrorismus		
Bildung terroristischer Vereinigung	5	2
Summe Terrorismus	5	2⁵
Gewaltdelikte		
Brandstiftung	26	13
Körperverletzung	38	71
Landfriedensbruch	37	65
Raub	2	5
Verkehrsgefährdungen		2
Widerstandsdelikte	53	50
Summe Gewaltdelikte	156	206
Andere Straftaten		
Beleidigung / üble Nachrede / Verleumdung	27	30
Belohnung / Billigung v. Straftaten	1	4
Betrug / Untreue		2
Diebstahl / Unterschlagung	2	1
Hausfriedensbruch	8	25
Missbrauch von Notrufen	1	1
Nötigung / Bedrohung	10	11
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	7	27
Pressegesetz	1	2
Propagandadelikte	31	12
Sachbeschädigung	131	116
Sprengstoffgesetz		2
Störung d. öffentlichen Friedens	2	2
Störung öffentlicher Betriebe		1
Straftaten gg. ausländische Staaten	3	3
Straftaten gg. Verfassungsorgane		1
Telekommunikationsgesetz	1	1
Verletzung amtlicher Bekanntmachungen		1
Versammlungsgesetz	141	203
Verunglimpfung d. Staates u. seiner Symbole		3
Verunglimpfung v. Verfassungsorganen		1
Volksverhetzung		4
Waffengesetz	1	2
Widerstandsdelikte	3	3
Summe Andere Straftaten	370	458
Gesamt	531⁶	666

⁵ Hierbei handelt es sich um Verfahren, die beim BKA auf Grund der Deliktszuweisung geführt, aber dem Land Berlin wegen der Tatörtlichkeit zugeordnet werden. Dieses Verfahren wird erst seit 2003 praktiziert.

⁶ Vgl. Fußnote 2.

Straftaten werden der **Politisch motivierten Kriminalität – Links** – zugeordnet, wenn Anhaltspunkte vorliegen, dass die Umstände zur Begehung der Tat und/oder die Einstellung des Täters auf ein „linkes“ Weltbild zurück zu führen sind. Dabei bezieht sich die politische Motivation vorwiegend auf Theorien des Anarchismus, Kommunismus und Sozialismus bzw. auf strömungsübergreifende Weltanschauungen dieser klassischen Dogmen.

Dabei wird durch die Täter nicht zwingend die Umwälzung des bestehenden Systems bzw. eine Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung angestrebt. Offensichtlicher sind Motivationen, die auf die Abschaffung eines bestimmten kritisierten Umstandes abzielen und so nicht in jedem Fall an einer tiefgreifenden Gesellschaftsveränderung orientiert sind.

Vor diesem Hintergrund waren nach polizeilicher Einschätzung 236 der 666 Politisch links motivierten Straftaten der extremistischen Kriminalität zuzurechnen. Für das Jahr 2003 waren 256 von 531 Straftaten als extremistisch bewertet worden.

Delikte um den 1. Mai ⁴

	2003	2004
Gewaltdelikte		
Brandstiftung	6	
Körperverletzung	4	13
Landfriedensbruch	11	25
Verkehrsgefährdungen		1
Widerstandsdelikte	17	24
Summe Gewaltdelikte	38	63
Andere Straftaten		
Beleidigung / Üble Nachrede / Verleumdung	5	6
Nötigung / Bedrohung	2	
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	2	3
Pressegesetz	1	
Sachbeschädigungen	25	14
Sprengstoffgesetz		1
Versammlungsgesetz	25	35
Waffengesetz		1
Widerstandsdelikte		1
Summe Andere Straftaten	60	61
Gesamt	98	124

Auffällig war der Versuch der linken Szene, eine Repolitisierung der traditionellen Demonstrationen am 1. Mai zu erreichen. Die Abkehr von „inhaltslosen“ Gewalttätigkeiten sollte u. a. ihren Ausdruck in der „Mai-Steine-Kampagne“ finden, ein mediales Interesse hervorrufen und politische Akzente setzen.

⁴ In der polizeilichen Betrachtung handelt es sich um den Zeitraum vom 30.04. bis 02.05.

Zahlreiche Einzelveranstaltungen zeugten von dem hohen Organisationsgrad der Initiatoren und ließen eine neue Motivation der linken Szene erkennen, der es offensichtlich darauf ankam, über ihr eigenes Mobilisierungspotenzial neue Interessengruppen zu erreichen. Dabei stand der Versuch im Vordergrund, aktuelle politische Themen zu besetzen, um so den Unmut der Bevölkerung bezüglich der Reformvorhaben auf Bund- und Länderebene anzusprechen.

Die Wirkung der „Mai-Steine-Kampagne“ wurde im Nachgang kontrovers diskutiert. Die gewünschte Mobilisierung über das eigene Klientel hinaus konnte nicht festgestellt werden. Dies wurde als negativer Aspekt gewertet.

Allerdings gelangte die „Mai-Steine-Kampagne“ mit ihren zahlreichen Einzelveranstaltungen (Demonstrationen/Aktionen) zumindest in den Fokus der Medien und wurde deshalb innerhalb der „linken Szene“ als doch erfolgreich bewertet.

Entgegen den oben dargelegten Zahlen sind die Ausschreitungen im Rahmen der Walpurgisnacht und zum 1. Mai in Kreuzberg in ihren *zeitlichen* Ausmaßen und vor allem im Hinblick auf die festgestellten Schäden zurückgegangen.

Die polizeitaktischen Maßnahmen und die zum Teil auf Bezirksebene organisierten Konzepte dürften dazu beigetragen haben. Dies könnte auch den Anstieg der Gewaltdelikte von 38 (2003) auf 63 (2004) erklären, die sich vor allem gegen die Polizei richteten (bei 63 % der verübten Straftaten erfolgte ein Angriff auf Polizeibeamte).

Lediglich die Mobilisierung gegen den Aufmarsch der NPD führte zu einer Steigerung der Gegenaktionen im Vergleich zu den Vorjahren und wurde seitens der „linke Szene“ als großer Erfolg gewertet.

Trotz der Repolitisierungsversuche können die Ausschreitungen nur zu einem geringfügigen Teil der „linken militanten Szene“ zugerechnet werden. Nur über 7,7 % der festgestellten Straftäter liegen Erkenntnisse aus dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität –links- vor.

Sehr hoch ist die Zahl der zum Teil stark alkoholisierten Straftäter. Da sich jedoch nur wenige Straftäter zu ihrer Tat und den Umständen im Rahmen einer Beschuldigtenvernehmung einließen, kann nicht belegt werden, inwieweit Alkohol den jeweiligen Tatentschluss maßgeblich beeinflusste.

Weiterhin war der Anteil auswärtiger Straftäter auffällig. Während im Jahr 2003 noch 158 von 179 Gewalttätern aus Berlin und Brandenburg stammten (88,3 %), waren dies im Jahr 2004 nur noch 137 von 195 Gewalttätern (70,3 %). Offenkundig fruchteten die im Vorfeld durchgeführten Maßnahmen bei Berlinern, konnten aber die traditionelle „Anziehungskraft“ der Ereignisse auf Straftäter aus anderen Bundesländern offenbar nicht wirksam beeinträchtigen.

Wie im letzten Jahr wurden die Ausschreitungen in der Walpurgisnacht und in Kreuzberg nicht durch die „linke Szene“ dominiert, sondern zogen vielmehr gewaltgeneigte Personen an, die als unpolitisch anzusehen waren oder die gar konträren Szenen angehörten.

Links-Rechts-Auseinandersetzungen

	2003	2004
Gewaltdelikte		
Brandstiftung	3	4
Körperverletzung	12	21
Landfriedensbruch	4	18
Raub	1	4
Verkehrsgefährdungen		1
Widerstandsdelikte	1	5
Summe Gewaltdelikte	21	53
Andere Straftaten		
Beleidigung / Üble Nachrede / Verleumdung	7	13
Belohnung / Billigung von Straftaten		2
Diebstahl / Unterschlagung	1	1
Hausfriedensbruch		3
Nötigung / Bedrohung	2	7
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten		5
Pressegesetz	1	2
Propagandadelikte	7	7
Sachbeschädigung	44	50
Sprengstoffgesetz		1
Störung d. öffentlichen Friedens		1
Verletzung amtlicher Bekanntmachungen		1
Versammlungsgesetz	10	59
Waffengesetz		1
Widerstandsdelikte	2	
Summe Andere Straftaten	74	153
Gesamt	95	206

Die linke Szene zeichnet sich in erster Linie durch ihre heterogene Struktur aus. Unter dem Stichwort „Antifaschismus“ gelingt es der linken Szene jedoch, zu Demonstrationen umfassend zu mobilisieren und rechte Demonstrationen regelmäßig erheblich zu stören.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2004 konnte in diesem Bereich eine erhebliche Zunahme der Aktivitäten verzeichnet werden, so dass auch der Zuwachs von 95 Straftaten (2003) auf 206 Straftaten (2004) zu erklären ist.

Als identitätsstiftendes Merkmal ist die „antifaschistische“ Arbeit in der linken Szene unverzichtbar. Die Konfrontation mit dem politischen Gegner war zentraler Bestandteil linker Aktivitäten und dürfte auch in Zukunft eine tragende Rolle spielen.

Schwerpunkte

Das Reformprojekt „Hartz IV“ – Proteste gegen den „Sozialabbau“

Während in der Vergangenheit festzustellen war, dass bei anderen Themen eine gemeinsame, gruppenübergreifende Form des Protestes in Berlin gar nicht bzw. nur unter erheblichen Schwierigkeiten möglich war, konnte nun festgestellt werden, dass verschiedene Strömungen – von der gemäßigten Linken bis hin zu linksextremistischen Kreisen - versuchten, eine Widerstandsform zum Thema „Sozialabbau“ gemeinsam und dauerhaft zu organisieren und somit auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene zu bringen.

Das Berliner Sozialforum gründete sich bereits im Jahr 2003 und setzte seine Bestrebungen auch im Jahr 2004 fort, ein arbeitsfähiges Bündnis aus globalisierungskritischen Gruppen, basisdemokratischen Gewerkschaften und autonomen „Antifa-Gruppen“ zu bilden.

Aber auch in anderen Teilen der linken Szene führten die Reformbemühungen zu neuen Konzepten, wie z.B. bei der Gruppierung „Die Überflüssigen“.

Das Thema „Sozialabbau“ fand in den Publikationen der linken Szene im Jahr 2004 durchgängig Beachtung und wurde auch von linksextremistischen bzw. -terroristischen Kreisen angenommen. In diesem Zusammenhang wurden Anschläge gegen Sozialämter und Arbeitsagenturen, aber auch gegen Büros/Liegenschaften von politischen Entscheidungsträgern verzeichnet.

Die linke Szene zielte über das Thema „Sozialabbau“ offensichtlich auf zunehmende Akzeptanz in breiten Teilen der Bevölkerung. Letztendlich konnte die beabsichtigte umfassende Mobilisierung von „Betroffenen“ jedoch nicht festgestellt werden.

Besondere Entwicklungen

Die „Militante Gruppe (mg)“

Die „Militante Gruppe“ setzte im Jahr 2004 auf die Fortführung der von ihr betriebenen militanten Taktik. Zu folgenden Anschlägen hat sich die „mg“ bekannt:

- Brandanschlag auf das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in der Nacht zum 01.01.2004 in 12163 Berlin, Königin-Luise-Str. 5.
- Brandanschlag auf die Gemeinsame Anlaufstelle des Bezirksamtes Pankow von Berlin und des Arbeitsamtes Berlin-Nord (Akademie für Gesundheits- und Sozialberufe) in der Nacht zum 30.03.2004 in 10405 Berlin, Straßburger Str.56.
- Brandanschlag auf drei Fahrzeuge der TELEKOM in der Nacht zum 07.05.2004 in 13347 Berlin, Gerichtstr. 50.
- Brandanschlag auf das Bezirksamt Reinickendorf in der Nacht zum 23.09.2004 in 13437 Berlin, Eichborndamm 238.
- Brandanschlag auf das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg in der Nacht zum 23.09.2004 in 12105 Berlin, Machonstr. 7.

Begleitet wurden die Anschläge durch eine umfangreiche Debatte in der inkriminierten Druckschrift INTERIM. Die Debatte stellte die militante Praxis zur Diskussion und wollte einen Gedankenaustausch initiieren. Insbesondere mit der Zielsetzung, die militante Vorgehensweise auf eine breite Plattform innerhalb der linken Szene zu stellen, wurden die Anschläge dem allgemeinen Stimmungsbild in der linken Szene angepasst. Der Versuch der „Militanten Gruppe (mg)“, einen größeren Adressaten- bzw. Unterstützerkreis zu erreichen, scheint sich im Jahr 2005 fortzusetzen (Anschlag auf eine „Lidl“-Filiale am 10.01.05 mit entsprechender Anschlagserklärung).

Neue Gruppierungen

Im Laufe des Jahres 2004 konnten folgende Zusammenschlüsse von Gruppierungen und Bündnissen verzeichnet werden:

„ACT!“

Im Januar 2004 schlossen sich die Gruppierungen

- Antifaschistische Linke Berlin
- Autopool
- Für eine linke Strömung (FeIS)
- Subversion International (iSI!)

zu einem neuen Bündnis zusammen. Grundlage dieser gemeinsamen Arbeit bildete die Publikation „Kommuniqué No. 1“, in dem sich die Gruppierung vorstellte und ihre politische Ausrichtung bekannt gab.

„ACT!“ versteht sich demnach als Netzwerk bereits bestehender Gruppierungen und möchte mit einer gemeinsamen politischen Zielvorstellung zukünftige Aktionen koordinieren und eine politische Entwicklung vorantreiben.

Insbesondere werden gesellschaftliche Fragen in den Mittelpunkt der politischen Arbeit gerückt. Auch die „Mai-Steine-Kampagne“ im April 2004 zeugte von dieser Auffassung. Hier fanden aktuelle politische Themen Beachtung und die Öffentlichkeit sollte für linke Standpunkte sensibilisiert werden.

Gegen Ende des Jahres 2004 trat eine neue Gruppierung in Erscheinung, die sich als ein noch größeres Bündnis darstellt.

„Die Überflüssigen“

Nach eigener Darstellung gründete sich die Gruppierung bereits am 30.08.04. Das Bündnis setzt sich gemäß einer Selbstdarstellung aus den Gruppierungen „ALB“, „ACT“, „ATTAC AG Prekarisierung“, „Für eine linke Strömung (F.e.I.S.)“, „Internationale Kommunisten (Interkomms)“, „Kritik & Praxis (KP)“, „Offener ziviler Ungehorsam“ und „PostpessimistInnen“ zusammen.

Am 11.10.04 traten „Die Überflüssigen“ erstmalig öffentlich in Erscheinung. Mit der Besetzung der Geschäftsstelle des Landesverbandes der Arbeiterwohlfahrt in 10963 Berlin, Hallesches Ufer 32-68, gelang es ihnen, eine medienwirksame Aktion durchzuführen.

„Die Überflüssigen“ traten dabei mit weißen Masken und roten Kapuzenpullovern auf, die als Erkennungsmerkmal zusätzlich mit dem Gruppennamen beschriftet waren.

Dem Thema „Sozialabbau“ folgend, führten „Die Überflüssigen“ am 18.12.04 eine erneute Aktion durch. Betroffen war das Restaurant „Borchardts“. Hier „kehrten sie ein“, verteilten Handzettel und aßen zum Teil von den Tellern der Gäste.

Auch hier stand deutlich das Thema Reformpolitik im Mittelpunkt der Aktionen. „Die Überflüssigen“ erklärten auf ihrer Internetseite: *„Die Überflüssigen sind Menschen in den Industriestaaten, die vom gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen werden. Sie sind das Ziel des Klassenkampfes von oben und der aktuellen Armutskampagne in Deutschland.“*

Antikapitalistische Aktion Berlin (AKAB)

Die „AKAB“ wurde nach eigenen Angaben Anfang 2004 gegründet und benannt als inhaltliche Schwerpunkte die Antifa-Arbeit sowie den „Sozialabbau“. In diesem Sinne beteiligte sich die „AKAB“ am 02.10.2004 am Aufzug gegen „Hartz IV“ und ist mittlerweile bei nahezu allen „Antifa“-Demonstrationen präsent. In ihrer Selbstdarstellung findet sich die Erklärung wieder, in Bündnissen mit anderen Gruppen zusammen zu arbeiten, um sich an der Entwicklung der linken Szene zu beteiligen.

Linke Bande

Es handelt sich hierbei um einen im Jahr 2004 erfolgten Zusammenschluss der bis dahin nicht bekannten Gruppierungen „Antifa Spandau“ und „Antifa Südwest“. Bei den bisherigen Aktivitäten dieser Gruppierung handelt es sich nach eigenen Angaben um die Beteiligung am „Antirassistischen Einkauf“ der „Initiative gegen das Chipkartensystem“ im Juni 2004 sowie die Beteiligung an einer Kundgebung vor der ehemaligen Haftanstalt des Hitler-Stellvertreters Hess im August 2004.

Antifaschistischer Widerstand Karlshorst (AWK)

Vermutlich im April 2004 gegründet, besteht diese Gruppierung nach eigener Darstellung aus Schülern, die sich am 30.04.2004 an dem Aufzug der Gruppe „Kritik & Praxis (KP)“ und am 01.05.2004 an der Verhinderung des rechten Aufzuges beteiligten.

Antifa Jugend Ost-Berlin (AJOB)

Die „Antifa Jugend Ost-Berlin“ (AJOB) wurde bereits 2003 als Gegenpol zu den im Bereich Friedrichshain/Lichtenberg immer stärker werdenden rechten Strukturen gegründet, wurde aber erst anlässlich des 1. Mai 2004 tatsächlich wahrnehmbar.

Ermittlungsverfahren

Brandanschlag auf NPD – Bundesgeschäftsstelle

Am 20.04.04 gegen 02.00 Uhr fuhren zwei unbekannte Täter einen mit Reifen und Brandbeschleunigern beladenen Pkw direkt an die Eingangstür der NPD-Bundesgeschäftsstelle in 12555 Berlin – Köpenick, Seelenbinderstr. 42, und entzündeten das Fahrzeug.

Der Pkw brannte vollständig aus, die Fassade wurde bis zum Dach beschädigt. Ein Vordringen des Feuers in das Hausinnere, in welchem eine NPD-Mitarbeiterin schlief, wurde durch schnelle Brandentdeckung und -bekämpfung verhindert.

Der zunächst durch eine Tatzeugin begründete Tatverdacht gegenüber drei Männern, die bei der Nacheile im nahegelegenen Park festgenommen wurden, bestätigte sich nicht.

Der eingesetzte Pkw war einen Monat vor der Tat durch eine unbekannte weibliche Person mit Hilfe eines als verloren gemeldeten Ausweises angekauft worden.

In der INTERIM Nr. 598 vom 01.07.04 bezichtigte sich eine unbenannte Gruppe der Tat.

Die abgeschlossenen Ermittlungen einschließlich der kriminaltechnischen Untersuchungen führten nicht zur Namhaftmachung von Tatverdächtigen.

Anschläge auf Discounterketten auf Grund von Arbeitsmarkt-Maßnahmen

In der Nacht vom 20.06. zum 21.06.2004 wurden durch unbekannte Täter insgesamt fünf Filialen der Firma Schlecker in den Stadtbezirken Treptow und Kreuzberg angegriffen. Die Täter bewarfen die Filialen mit Kleinpflastersteinen und Farbeiern. In einem in der INTERIM veröffentlichten Selbstbeziehungsschreiben bekannte sich die „AG Perspektiven“ zu den Taten. Als Hintergrund wurden die schlechten Arbeitsbedingungen bei Schlecker als Repräsentant für Handelsketten, die preisgünstige Artikel führen, benannt.

In der Nacht vom 09.12. zum 10.12.2004 und in der Nacht vom 20.12.-21.12.2004 wurden bei insgesamt sechs Filialen der Firma LIDL in den Stadtbezirken Neukölln, Kreuzberg, Mitte und Charlottenburg Fassaden mit Farbe beschmiert und / oder Schlösser verklebt. Weiterhin wurden Schriftzüge, welche die Arbeitsbedingungen thematisieren, angebracht.

Ein Selbstbeziehungsschreiben hierzu, welches sich auf das durch verdi veröffentlichte „Schwarzbuch“ bezieht, ging bei Presseagenturen ein.

Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg/ Länderübergreifende Kriminalitätsphänomene

Im Verlauf des Jahres 2004 konnte festgestellt werden, dass die linke Szene Berlins auch Demonstrationen in Brandenburg unterstützt hat und Reisebewegungen von Aktivisten in das benachbarte Bundesland stattgefunden haben.

Die Demonstrationen in Potsdam am 30.10.04 und in Halbe am 13.11.04 fanden auf den einschlägigen Internetseiten umfangreiche Erwähnung. Auch hier standen „antifaschistische“ Bemühungen im Vordergrund, so dass zum Teil eine breite Unterstützung von Brandenburger Demonstrationen durch linke Aktivisten aus Berlin erfolgte.

Die Zusammenarbeit mit den Brandenburger Sicherheitsbehörden erfolgte anlassbezogen.

Zum „1. Mai“ wurde bezüglich sog. Gefährderansprachen und festgenommener Personen aus dem Bundesland Brandenburg ein stetiger Informationsaustausch durchgeführt.

Prognose 2005

Die linke Szene Berlins engagierte sich im Jahr 2004 vorwiegend in den Bereichen „Sozialabbau“ und „Antifaschismus“. Diese Themenschwerpunkte bestimmten die politische Arbeit und dienten in Teilbereichen als Bindeglied der zahlreichen Strömungen in der linken Szene. Diese Bemühungen dürften sich im Jahr 2005 fortsetzen.

Daneben besetzt die linke Szene unterschiedlichste Themenfelder. Im Rahmen aktueller politischer Entwicklungen könnten Bereiche wie Kernenergie, Gentechnik, Rüstungspolitik, Kriege, Globalisierung etc. an Bedeutung gewinnen.

Politisch motivierte Ausländerkriminalität

Fallzahlen KPMD - PMK für Politisch motivierte Ausländerkriminalität

	2003	2004
Terrorismus		
Bildung terroristischer Vereinigung	2	2
Summe Terrorismus	2	2⁷
Gewaltdelikte		
Erpressung		2
Freiheitsberaubung		1
Körperverletzung	10	3
Landfriedensbruch	5	2
Raub	1	1
Widerstandsdelikte	2	1
Summe Gewaltdelikte	18	10
Andere Straftaten		
Begünstigung / Hehlerei		1
Beleidigung / üble Nachrede / Verleumdung	4	7
Belohnung / Billigung v. Straftaten	1	
Falschaussage / Meineid		1
Hausfriedensbruch	1	
Nötigung / Bedrohung	7	5
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten		1
Propagandadelikte	10	6
Sachbeschädigung	11	28
Störung d. öffentlichen Friedens	6	5
Straftaten gg. ausländische Staaten		3
Vereinsgesetz	88	21
Versammlungsgesetz	8	9
Volksverhetzung	12	12
Waffengesetz		1
Summe Andere Straftaten	148	100
Gesamt	168⁸	112

⁷ Hierbei handelt es sich um Verfahren, die beim BKA auf Grund der Deliktszuweisung geführt, aber dem Land Berlin wegen der Tatörtlichkeit zugeordnet werden. Dieses Verfahren wird erst seit 2003 praktiziert.

⁸ Vgl. Fußnote 2.

Der **Politisch motivierten Ausländerkriminalität** werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung

- der Umstände der Tat
oder
- der Erkenntnisse über den Täter

Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die durch eine nichtdeutsche Herkunft geprägte Einstellung des Täters entscheidend für die Tatbegehung war, insbesondere wenn sie darauf ausgerichtet sind

- Verhältnisse und Entwicklungen im Ausland oder
- aus dem Ausland Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland

zu beeinflussen.

Vergleicht man die Gesamtzahl der Straftaten des Jahres 2003 mit der Gesamtzahl der Straftaten des Jahres 2004, scheint die Reduzierung um 56 Straftaten (ca. 30%) einen starken Rückgang anzuzeigen.

Dabei ist zu beachten, dass die Vorjahreszahlen durch Exekutivmaßnahmen auf der Grundlage des Vereinsgesetzes im Zusammenhang mit dem sogenannten Kalifatstaat und der Hizb Ut Tahrir um etwa diese Größenordnung erhöht waren und damit lediglich eine Annäherung an den Mittelwert stattgefunden hat.

Insoweit ist eine statistisch unauffällige prozentuale Schwankungsbreite anzunehmen.

Der erkennbare Anstieg der Sachbeschädigungen ist auf eine in den ersten Monaten des Jahres durchgeführte Kampagne der Kongra Gel (vormals PKK) zurückzuführen, die überwiegend von der Jugendorganisation Tecak getragen wurde. Aus Anlass des 5. Jahrestages der Festnahme Öcalans sollte auf das Schicksal und den Gesundheitszustand Öcalans aufmerksam gemacht werden. Dies geschah hauptsächlich durch Sachbeschädigungen (Farbschmierereien) und friedliche Kundgebungen mit relativ geringer Teilnehmerzahl bis zum Ende der Kampagne im März/ April 2004.

Seitdem sind diese Aktionen nach und nach zurückgegangen.

Nach polizeilicher Einschätzung waren 85 der 112 Straftaten der extremistischen Kriminalität zuzurechnen. Für das Jahr 2003 waren 144 von 168 Straftaten als extremistisch bewertet worden.

Schwerpunkte und besondere Entwicklungen

Der extremistische Islamkonvertit und bekennende Märtyrer Steven S. hielt sich 2004 mehrfach in Berlin auf. Zuletzt hatte er die Absicht geäußert, sich dauerhaft in Berlin niederzulassen, verzog dann aber doch nach Hessen. Seine Aufenthalte wurden jeweils mit polizeilichen Maßnahmen begleitet.

Gegen den sog. „Hassprediger“ Yakup T. wurde aufgrund islamistisch geprägter Äußerungen während eines Gebets in der Berliner Mevlana-Moschee in Berlin-Kreuzberg im November ein

Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet. Am 16.12.04 verfügte das Landeseinwohneramt seine Ausweisung. In seinen Reden hatte T. öffentlich gegen Deutsche polemisiert.

Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg/ Länderübergreifende Kriminalitätsphänomene

Wie bereits 2003 beispielhaft anhand damaliger Kadek-Aktivitäten festgestellt wurde, bilden der Raum Berlin - Brandenburg und teilweise auch die angrenzenden Bundesländer einen einheitlichen Aktionsraum. Dies dürfte auch darin begründet sein, dass in den angrenzenden Flächenländern nach wie vor nur ein relativ geringer Anteil an Ausländern wohnhaft ist und somit eigene Strukturen nicht erfolgversprechend erscheinen. Insofern spielen staatliche Verwaltungsgrenzen keine Rolle.

Prognose 2005

Bezüglich des Phänomens „Islamistischer Terrorismus“ ist festzustellen, dass weltweit nicht von einer nachhaltigen Schwächung oder gar Zerschlagung der Al Qaida und der Netzwerke arabischer Mudjahedin ausgegangen werden kann. Daher ist eine kurzfristige Lageentspannung nicht zu erwarten.

Es ist davon auszugehen, dass extremistisch islamistische Gruppierungen und Einzelpersonen auch in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlins präsent sind und versuchen, ihre eigenen netzwerkartigen Strukturen aufzubauen und zu erhalten.

Mitte 2004 wurde eine deutliche personelle und logistische Verstärkung des zuständigen Ermittlungs- und Auswertungsbereiches mit dem Ziel insbesondere der präventiven Aufhellung islamistischer Strukturen vorgenommen, die sich mit Hilfe statistischer Erfassung jedoch nur unzureichend abbilden lassen.

Die Aktivitäten türkischer Organisationen (incl. Kongra-Gel) in Berlin dürften auf niedrigem Niveau fortgeführt werden. Dies ist - neben dem erkennbaren Kurswechsel der Türkei - gewiß auch dem propagierten Ziel der Organisationen geschuldet, ihre politischen Anliegen mit legalen Mitteln zu befördern.

Nachrichtendienstliche Aktivitäten

Im Jahr 2004 konnten Aktivitäten von Nachrichtendiensten aus der Nahost-Region festgestellt werden. Die Aktivitäten zielten vor allem auf die Ausspähung hier lebender Oppositioneller des jeweiligen Regimes ab.